

DAS

SPRACHROHR



der Ahnataler

SPD

NR. 2/1995

Juni 1995

Das aktuelle Thema:

Neuer Einkaufsmarkt in Ahnatal

Wie ist der Sachstand?

Ende vergangenen Jahres legten mehrere Interessenten der Gemeindeverwaltung Pläne zum Bau eines Lebensmittelmarktes an der Kreisstraße am Ortseingang von Weimar vor. Dabei geht es um zwei mögliche Standorte, von denen der eine, das Gelände gegenüber der Tankstelle, der Gemeinde gehört und der andere, das bisherige Sägewerk, in Privatbesitz ist. Nachdem es in der Gerüchteküche brodelte, hatte der Bürgermeister schon im Februar in der Gemeindevertretung klargestellt, daß entsprechend dem Kommunalen Entwicklungsplan in diesem Bereich derzeit nur ein Markt möglich sei und noch innerlei Entscheidungen gefallen seien.

In einer Bürgerversammlung hatten die Interessenten von ALDI über EDEKA bis REWE vor kurzem Gelegenheit, ihre Konzepte vorzustellen. Eine Verbesserung vor allem für den Kammerberg bei der Versorgung mit dem täglichen Bedarf, die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Ahnatal und die Aussicht auf zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen für die Gemeinde, wurde von allen Interessenten als Vorteile herausgestellt.

Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung nahmen die Gelegenheit wahr Fragen zu stellen, Vorschläge zu machen und auch Bedenken zu äußern. So gab es neben Befürwortern, die der Meinung waren, daß Konkurrenz für die Kunden nur Vorteile haben kann, auch eine Reihe von Mitbürgern, die befürchten, daß die bisher gute Versorgungssituation im Ortsteil Weimar langfristig schlechter werden könnte, wenn ein großer

Lebensmittelmarkt am Ortseingang den vorhandenen Läden im Ort die Kunden wegnimmt.

Hier noch einige ergänzende Fakten

Zunächst einmal ist es nicht möglich, wie bereits polemisch behauptet wurde, daß am Ortseingang von Weimar „mehrere Lebensmittelmärkte“ oder sogar ein „Einkaufszentrum“ entstehen sollen oder könnten. Dies hat Bürgermeister Poetzsch schon im Februar klar gesagt. Die Regionalplanung, nach der sich auch die Gemeinde Ahnatal zu richten hat, läßt derzeit in diesem Bereich nur **einen** Lebensmittelmarkt mit einer Verkaufsfläche von ca. 700 Quadratmetern zu, einer Größe also, die in etwa mit den in Ahnatal schon bestehende Märkten vergleichbar ist.

Ein solcher Lebensmittelmarkt an dieser Stelle könnte für viele Haushalte des Kammerberges eine bessere Vollversorgung bedeuten. Am Kammerberg wohnende Mitbürgerinnen und Mitbürger sehen aber auch die Gefahr, daß der kleine Lebensmittelladen und die Metzgerei am Kammerberg durch die Ansiedlung eines neuen Lebensmittelmarktes in ihrer Existenz gefährdet werden. Die Versorgungssituation zumindest derjenigen am Kammerberg, die nicht jeden Einkauf mit dem Auto erledigen können oder wollen, würde sich damit verschlechtern.

Am Kammerberg hat sich in der Vergangenheit auch gezeigt, daß ein Lebensmittelmarkt von Kunden allein aus diesem Wohngebiet nicht existieren kann. EDEKA und REWE, die ein sogenanntes Vollsortiment, also neben Lebensmitteln auch Frischfleisch, Brot,

Getränke anbieten, dürften dies in ihre Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen mit einbezogen haben. So ist anzunehmen, daß man davon ausgeht, daß die verkehrsgünstige Lage des geplanten Lebensmittelmarktes, verbunden mit einem guten Parkplatzangebot auch viele Kunden aus Weimar und Heckershausen, die ausschließlich mit dem Auto zum Einkaufen fahren, anlockt. Eine daraus resultierende Umverteilung könnte sich schon bald negativ auf die Versorgungssituation in den Ortslagen von Weimar und auch Heckershausen auswirken.

ALDI oder PRO-Märkte, die nur ein begrenztes Sortiment für die Grundversorgung anbieten, haben eine andere Interessenlage. ALDI zum Beispiel, die zur Zeit mehrere Märkte in der Umgebung betreiben, meinen, an einem Standort am Ortsrand von Weimar auch Kunden aus den Nachbarorten und aus dem Kasseler Nordwesten ansprechen zu können. Zusammen mit den Ahnataler Kunden, die schon seit Jahren einen bestimmten Grundbedarf „im ALDI“ kaufen, wäre für ALDI oder PRO, nach deren Aussagen, ein Markt wirtschaftlich zu betreiben.

SPD beantragt Bürgerbefragung

Die SPD wird in der Gemeindevertretung beantragen, alle Ahnataler Haushalte kurzfristig zu ihren Wünschen und Vorstellungen zur ortsnahen Versorgung mit Lebensmitteln und Dienstleistungen zu befragen.

Die SPD geht davon aus, daß mit einer Befragung am ehesten festzustellen ist, ob von der Bevölkerung ein neuer Lebensmittelmarkt gewünscht wird und welches Konzept akzeptiert würde.

Steuerpolitik gegen die Schwächsten

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik mußten wir so viel Steuern zahlen wie heute. Die Regierung Kohl hat die Belastung eines durchschnittlichen Einkommens mit Steuern und Abgaben auf 48% getrieben. Das ist Nachkriegsrekord! Von jeder verdienten Mark bleiben dem Durchschnittsverdiener gerade noch 52 Pfennige. Gleichzeitig haben CDU/CSU und FDP mit gezielten Steuergeschenken für die Bezieher hoher und höchster Einkommen die ungerechte Verteilung der Steuerlasten weiter verschärft. Mehrfach mußte sich das Bundesverfassungsgericht mit dieser sozialen Schiefelage befassen. Das Bundesverfassungsgericht hat klipp und klar festgestellt: Bürgerinnen und Bürger mit kleinen und mittleren Einkommen zahlen Jahr für Jahr zuviel Steuern, weil das sogenannte Existenzminimum in verfassungswidriger Weise besteuert wird. Das gleiche hat das Bundesverfassungsgericht auch bei Familien wegen der zu geringen Berücksichtigung des Kinder-Existenzminimums festgestellt.

Wer da meint, dies würde jetzt mit dem Regierungsentwurf für das Jahressteuergesetz 1996 endlich gerecht geregelt, sieht sich getäuscht. Was die dringend notwendige Steuerfreistellung

des Existenzminimums betrifft, ist es zwar vor allem der Kritik der SPD-Bundestagsfraktion zu verdanken, daß der Bundesfinanzminister seinen unsozialen „Buckel-Tarif“ zurückgezogen hat. Aber auch der neue Vorschlag Waigels ist für uns nicht akzeptabel. Der von ihm als Existenzminimum vorgesehene Betrag von 12.000 DM ist viel zu niedrig. Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes muß das steuerfreie Existenzminimum mindestens auf 13.000 DM angehoben werden. Dies haben im übrigen alle neutralen Sachverständigen in einer Anhörung des Finanzausschusses bestätigt.

Wer hat, dem wird gegeben - nach diesem Motto handelt die Bundesregierung. Sie hat offensichtlich immer nur die Interessen der besonders gut Verdienenden im Auge. Die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen und die Familien mit Kindern sollen auch künftig zu hoch besteuert werden; dagegen sieht Waigels neuer Tarifentwurf gleichzeitig eine Steuerentlastung „de luxe“ für die Bezieher hoher und höchster Einkommen vor. Ich meine, solange Menschen mit kleineren Geldbeuteln verfassungswidrig zur Kasse gebeten werden, darf es keine weiteren Steuergeschenke für Spitzenverdiener geben!

Beim Familienleistungsausgleich haben sich CDU/CSU und FDP einen deutlichen Schritt in Richtung SPD-Modell bewegt. Ohne den ständigen Druck der SPD und ohne unser überzeugendes 250-DM-Kindergeldmodell wäre dies sicher nicht geschehen. Doch schon wieder versucht die Bundesregierung die Familien hinteres Licht zu führen. Entgegen ihrer Versprechungen hat sie den Entwurf des Jahressteuergesetzes ohne den Familienleistungsausgleich vorgelegt. Dies ist ein skandalöser Vorgang. Der Familienlastenausgleich soll wieder einmal hinausgeschoben werden.

Unser Prioritäten sind klar: Wir wollen die ungerechten Kinderfreibeträge durch ein einheitliches Kindergeld in Höhe von 250 DM im Monat bereits ab dem ersten Kind ersetzen. Das Kindergeld soll unmittelbar bei der Steuerfest-

setzung als Abzug von der Steuerschuld berücksichtigt werden, am besten gleich beim Arbeitgeber und gegebenenfalls mit Hilfe des Finanzamtes. Wir bedauern, daß die Koalitionsparteien für einen kleinen Teil von Steuerpflichtigen mit sehr hohem Einkommen an dem ungerechten Kinderfreibetrag festhalten wollen. Spitzenverdiener würden dadurch Monat für Monat 77 DM mehr für ihr Kind bekommen als die überwiegende Mehrzahl der übrigen Eltern. Die von der Koalition vorgesehene Beibehaltung von Kinderfreibeträgen führt außerdem zu einer unnötigen Komplizierung des Verwaltungsverfahrens. Nach unserer Auffassung muß die längst fällige Entlastung für die Familien mit Kindern unbedingt zum 1.1.1996 erfolgen und darf nicht an technischen Problemen scheitern.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist völlig klar, daß eine Gewerbesteuerreform nur im Einvernehmen mit der Wirtschaft und mit den Städten und Gemeinden verwirklicht werden kann. Solange die Auswirkungen einer Gewerbesteuerreform für die Kommunen nicht absehbar sind, halten wir einen Eingriff in die Gewerbesteuer für unverantwortbar. Die SPD lehnt diese Pläne auch deswegen ab, weil sie im höchsten Maße mittelstandsfeindlich sind. Von der Abschaffung der Gewerbesteuer profitieren nur 16% aller Gewerbebetriebe, darunter alle Banken und Versicherungen. Die zur Gegenfinanzierung geplante Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen trifft dagegen alle investierenden Betriebe am härtesten. Im Klartext: Die mittelständischen Unternehmen im Handel Handwerk und sonstigen Gewerbe, die den weitaus größten Anteil an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in Deutschland stellen, sollen die Steuervergünstigungen für Großbanken und Versicherungskonzerne bezahlen. Dies wäre wirtschafts- und sozialpolitischer Unsinn erster Güte.

Die SPD wird im Bundestag und im Bundesrat alles in ihren Kräften stehende tun, um dieses verantwortungslose Vorhaben zu verhindern.

Gewerbekapitalsteuer:

Der Bund plündert die Kommunen weiter aus

Das Geschwätz der CDU/CSU und vor allem der FDP, mit dem Wegfall der Gewerbekapitalsteuer den Investitions- und Arbeitsplatzstandort Deutschland zu sichern, hält einer objektiven Überprüfung nicht stand.

Die Kommunen verlieren über 6 Milliarden DM., die Wirtschaft selbst wird nur um 3,38 Milliarden DM entlastet. Der volle Ausgleich der Gewerbekapitalsteuerausfälle würde auch durch die Beteiligung an der Umsatzsteuer für die betroffenen Gemeinden erst in zwei bis drei Jahren möglich sein. Die kommunalen Spitzenverbände haben deshalb die Vorschläge der Bundesregierung abgelehnt und die sozialdemokratisch geführten Länder unterstützen sie dabei.

Die Sozialdemokraten haben sich immer als Kommunalpartei verstanden. Sie werden dies aber auch in Zukunft unter Beweis stellen. Der Gesprächskreis Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion will sich zusammen mit seinem Fraktionsvorsitzenden Rudolf Scharping verstärkt um die Interessen der Kommunen bemühen.

Öffentlichkeitsarbeit?

Herr Säger (F.D.P.), Vorsitzender der LWG-Fraktion, hat mal wieder zugeschlagen. Laut HNA vom 17.06.1995 kritisiert die LWG (oder etwa nur Herr Säger ?) den Bahnhofsausbau in Weimar. Fix werden da alle Planungszahlen addiert, damit eine beeindruckende Summe zusammenkommt und dann wird „entschiedener Widerstand“ gegen das „Verprassen von Steuergeldern“ angekündigt.

Warum eigentlich hat Herr Säger (F.D.P.) nicht schon bei den Ausschußberatungen protestiert? Laut Protokoll haben die zuständigen Ausschüsse, incl. Herrn Säger (!), am 1. Juni 1995 einstimmig die Fortführung der Planung beschlossen!

Energiekonsensgespräche:

Die SPD zur Energiepolitik der Zukunft

Nach den Prognosen der Vereinten Nationen wird die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2030 um weitere 3 Milliarden Menschen anwachsen, die erheblich mehr Energie verbrauchen. Damit werden sich die Umwelt- und Klimaprobleme weltweit gravierend verschärfen und die Reichweite der Ressourcen weiter verkürzen.

Eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft, weil

- das Ende der fossilen Energieträger näherrückt;
- die Aufnahmefähigkeit und damit die Belastbarkeit der Atmosphäre mit Schadstoffen an Grenzen gerät;
- hohe volkswirtschaftliche Schäden an Umwelt und Gesundheit nicht mehr hingenommen werden können;
- der Ausbau der Atomenergie nicht weiter zu verantworten ist;
- mit knapper werdenden Energie-Reserven auch soziale und ökonomische Verteilungskonflikte weltweit zunehmen werden.

Oberste Ziele zukünftigen Energiepolitik müssen neben Versorgungssicherheit und wettbewerbsverträglichen Preisstrukturen die rationelle und sparsame Verwendung der knappen Ressourcen, der Schutz des Klimas und die Schonung der Umwelt sein.

Diese Ziele sind nur durch eine ökologisch ausgerichtete Modernisierung der Energieversorgung wie auch der Wirtschaft insgesamt erreichbar. Die entscheidende Voraussetzung hierfür sind, so die Wirtschaftsministerkonferenz, „tatsächliche Erfolge bei der Energieeinsparung und der Nutzung erneuerbarer Energiequellen“.

Die effiziente Energienutzung ist der Wegweiser für eine nachhaltige Energieversorgung. Sie erfordert den bewußten Ersatz vermeidbaren Energieverbrauchs durch den Einsatz von Technik, Kreativität und Kapital.

Erneuerbare Energien

Eine effiziente Energienutzung ist auch wichtige Voraussetzung für die umfassende Markteinführung und Nutzung der erneuerbaren Energien. Regenerative Energien haben bei den heutigen Versorgungsstrukturen nur begrenzte Wettbewerbschancen. Bei einem spezifisch verringerten Energieverbrauch würden sich die heute noch nicht wettbewerbsfähigen Energieträger eher rechnen. Die Schaffung von Märkten für effiziente und für erneuerbare Energietechnologien ergänzen sich deshalb. Dieses Konzept der Energiedienstleistung ist ökonomisch und ökologisch vorteilhaft. Mit der Umstrukturierung der Energieversorgung werden neue Märkte geschaffen, die den Energieverbrauch senken, die Umwelt

entlasten, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch einen geringeren spezifischen Energieverbrauch erhöhen und neue Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen durch geänderte Rahmenbedingungen und gezielte öffentliche Förderung den Markt für Energiespar-, Effizienz- und Umweltschutztechniken ausweiten. In diesem Bereich liegen weltweit enorme qualitative Wachstumspotentiale, die von großer Bedeutung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit, die Versorgungssicherheit und die Entlastung der Umwelt sind.

Ökologische Steuerreform

Umsteuern erfordert eine ökologische Steuerreform: Damit werden marktwirtschaftliche Anreize für die Durchsetzung energiesparender und umweltschonender Produkte und effizienterer Produktionsverfahren geschaffen. Ökologisch ausgerichtete Steuern und Abgaben müssen den Strukturwandel gezielt fördern.

Ökologisch orientierter Ordnungsrahmen

Umsteuern erfordert einen ökologisch orientierten Ordnungsrahmen

Die SPD wird Ihren Vorschlag für ein neues Energiegesetz fortschreiben. Die wichtigsten Eckpunkte sind die Interaktion von Ressourcenschonung und Umweltschutz in die Unternehmensentscheidungen, die Festlegung von Effizienzstandards bei Energieverbrauch, eine Wärmenutzungsverordnung, die Linearisierung der Stromtarife sowie die Stärkung der kommunalen, verbrauchs-nahen Energieversorgung.

Energieversorger

Umsteuern erfordert eine finanzielle Beteiligung der Energieversorgungsunternehmen. Diese müssen verstärkt an der Finanzierung von Energiesparen, höherer Nutzungseffizienz und regenerativen Energien beteiligt werden.

Energiemarkt

Umsteuern erfordert einen ökologisch verantwortbaren Wettbewerb auf dem europäischen Energiemarkt, der sich an ökologischen Rahmenbedingungen ausrichten muß.

Kohle

Von allen fossilen Brennstoffen hat die Kohle die größten Vorräte. Sie wird deshalb auch in Zukunft ein wichtiger Energieträger sein. Die SPD hat sich

immer für eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Nutzung der Kohle eingesetzt. Für sie ist die Sicherung eines Versorgungssockels an heimischer Braun- und Steinkohle unverzichtbar, auch um die Risiken aus der Abhängigkeit von den internationalen Rohstoffmärkten zu verringern. Vor diesem Hintergrund ist der Steinkohle eine mittelfristige Planungssicherheit von wenigstens zehn Jahren politisch zu garantieren.

Atomenergie

Wir halten am Ziel des Ausstiegs aus der Atomkraft fest, weil

- Reaktorkatastrophen niemals ganz auszuschließen sind und das Schadensausmaß unabsehbar wäre;
- die Entsorgung nicht gesichert ist;
- die Gefahr des illegalen Handels mit waffenfähigen Kernbrennstoffen wächst.

Ein Festhalten an der Atomenergie führt zu einer Kumulierung der Risiken, weil mit diesem System eine verschwenderische und umweltschädliche Energieversorgung festgeschrieben wird.

Energiepolitik in Ahnatal

Die Ahnatale SPD-Fraktion hat in der Gemeindevertretung zwei Anträge eingebracht, die die Förderung des Einsatzes alternativer Energien zum Ziel haben.

In einem Antrag wird der Gemeindevorstand aufgefordert, Förderrichtlinien zu erarbeiten, nach denen die Gemeinde den Einbau von Sonnenkollektoren für die Brauchwassererwärmung in Wohngebäuden finanziell unterstützen soll. Die Kommune soll nach Vorstellungen der SPD-Fraktion ihre Zuschüsse in Anlehnung an das Förderprogramm des Landes Hessen und zusätzlich zu diesem gewähren.

Mit einem weiteren Antrag wird der Gemeindevorstand aufgefordert, die Voraussetzungen für die Errichtung von Windkraftanlagen für die Erzeugung von elektrischem Strom in der Ahnatale Gemarkung untersuchen zu lassen. Das Land Hessen fördert derzeit ein Windmeßprogramm, innerhalb dessen sich potentielle Interessenten gegen Gebühr die Windverhältnisse an möglichen Standorten von Windkraftanlagen untersuchen lassen können.

In der Ahnatale Gemarkung würde sich das frei in der Hauptwindrichtung liegende Hochplateau des Kammerberges im Bereich der ehemaligen Mülldeponie anbieten. Dieser Standort würde sich auch deswegen anbieten, weil er soweit von der Wohnbebauung entfernt ist, daß eine Belästigung von Anwohnern durch Laufgeräusche auszuschließen ist.

Bahnhof Weimar

Konkrete Formen nimmt inzwischen die Planung für die Umgestaltung des Weimarer Bahnhofs an. Nach Abschluß des Ideenwettbewerbes haben sich die Fraktionen der Gemeindevertretung darauf geeinigt, den Entwurf des „Büros für Stadt- und Landschaftsplanung-BSL“, der beim Ideenwettbewerb den 2. Platz erzielte, weiter zu verfolgen, da dieser Vorschlag den Vorstellungen des Parlamentes am weitesten entgegenkommt.

Bei einer Ortsbesichtigung haben sich die Mitglieder des Ausschusses für Planung und Infrastruktur ein Bild vom Zustand der Baulichkeiten gemacht und die Möglichkeiten zur Aufteilung und Gestaltung des Bahnhofsgeländes auf der Basis des ausgewählten Entwurfes diskutiert.

Die SPD hat noch weitergehende Vorstellungen entwickelt, die bei der Neugestaltung des Bahnhofs berücksichtigt werden sollen. Im Bahnhofsgelände soll der Warteraum freundlicher gestaltet werden und es sollen Toiletten eingebaut werden. Die Wohnung im Obergeschoß soll saniert werden und das Gebäude eine Heizungsanlage erhalten.

Der Güterschuppen soll instandgesetzt, mit einer Rampe versehen und als Fahrradabstellraum genutzt werden. Die Laderampe wird abgetragen, wodurch sich ein kurzer Übergang zwischen Bahnsteig und Bushaltestelle ergibt. Der Übergang Bus/Bahn erhält eine Überdachung und bildet damit auch einen wettergeschützten Wartebereich. Mit dem Abtragen der Rampe wird zusätzlicher Platz für Parkplätze geschaffen, so daß voraussichtlich mehr als die ursprünglich vorgesehen 15 Plätze möglich sein werden. Die Fahrzeugwaage, für die kein Bedarf mehr besteht, soll beseitigt werden. An ihrer Stelle sollen ein Taxistand, einige Kurzparkplätze und eine öffentliche Telefonzelle entstehen.

Das Gelände zwischen Bahnhofsgelände und Brücke wird als Freiraum erhalten bleiben. Eine Treppe gegenüber vom Bürgersaal wird einen zusätzlichen Zugang zu diesem Bereich und zum Bahnsteig ermöglichen.

Mit ihren Vorschlägen will die SPD erreichen, daß mit der Neugestaltung des Bahnhofsgeländes neben der Verbesserung der ÖPNV-Anbindung auch ein Beitrag zur Verschönerung dieses zentralen Weimarer Ortsbereiches geleistet wird - und Ahnatal für Einheimische und Besucher wieder um ein Stückchen attraktiver wird.

Vor 50 Jahren:

Wiedergründung des SPD-Ortsvereins Weimar

Am 8. Mai jährte sich zum 50. Male das Ende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und des vom Hitler-Deutschland vom Zaun gebrochenen Zweiten Weltkrieges, der weit mehr als 50 Millionen Menschen das Leben gekostet und unsägliches Leid über die Menschen zahlreicher Völker, auch über die Deutschen, gebracht hat.

Nur ein kleiner Teil der heute Lebenden hat unmittelbare Erinnerungen an den 8. Mai 1945. Wer 1945 30 Jahre alt war, ist heute 80 Jahre alt, wer 15 Jahre alt war, ist 65, die meisten sind erst nach diesem Datum geboren worden. Dennoch oder gerade deshalb gilt es, an das Geschehen vor 50 Jahren zu erinnern.

Wir wollen dem, was in den letzten Wochen und Monaten schon alles über Nazizeit und Krieg gesagt und geschrieben wurde, nichts mehr hinzufügen. Wir möchten dieser Stelle aber doch einmal daran erinnern, daß es auch 50 Jahre her ist, daß der SPD-Ortsverein Weimar wieder gegründet wurde.

Die SPD war am 22.06.1933 verboten worden. Sozialdemokraten haben vor und auch nach 1933 gegen Hitler gekämpft - viele wurden verfolgt, verhaftet, in Gefängnissen und Konzentrationslagern gequält, ermordet. Andere traten aus der Partei aus, um Arbeitsplatz und Familie nicht zu gefährden.

Schon vor dem Verbot der Partei hatten Rollkommandos der SA Landkreiskommunen heimgesucht und auch den Arbeiterwohnort Weimar nicht verschont. Verfolgungen waren deshalb auch in Weimar absehbar. Da schriftliche Informationen über die SPD in Weimar aus der Zeit vor 1945 leider nicht mehr existieren ist wohl davon auszugehen, daß damals sämtliche Unterlagen des Ortsvereins wie Protokolle, Mitgliederverzeichnisse und Kassenbücher vernichtet wurden, um Parteimitglieder nicht unnötig zu gefährden. Die Geschichte des Ortsvereins vor 1945 ist deshalb kaum noch zu rekonstruieren.

Anfang September 1945 gab die Militärregierung grünes Licht für die Gründung von politischen Parteien und freien Gewerkschaften. Am 24. November 1945 trafen sich Weimarer Genossen, die den Zweiten Weltkrieg und die nationalsozialistische Terrorherrschaft überlebt hatten, in der Wohnung von Konrad Degenhardt in der Dörnbergstraße, um den Ortsverein Weimar neu zu gründen. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Wilhelm Boll, Franz Zaun, Fritz Immelnkämper, Christoph Guthof, Konrad Degenhardt,

Arnold Klapp, Heinrich Eisenberg, Heinrich Sprenger, Heinrich Borleis, Heinrich Guthof, Johannes Berndt, Georg Rost, Heinrich Jakob, Hans Ebert, Hans Barth, Karl Schmidt und Karl Loose - Namen, die zumindest alteingesessenen Weimaranern noch ein Begriff sind. Zum ersten Vorsitzenden wurde Wilhelm Boll und zu seinem Stellvertreter Heinrich Guthof gewählt.

Zunächst kostete es viel Mühe, die Parteiorganisation wieder aufzubauen. Wen wundert's, daß in den ersten Sitzungen des Ortsvereins Organisationsfragen im Vordergrund standen. In der Sitzung am 26.12.1945 wurde die Liste für die ersten Kommunalwahlen am 20.01.1946 aufgestellt. Die SPD erhielt bei dieser Wahl eine überwältigende Mehrheit. Heinrich Sprenger wurde erster frei gewählter Bürgermeister nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Zahl der Mitglieder stieg sprunghaft.

Welche Fragen beschäftigten die Weimarer Sozialdemokraten damals noch? Breiten Raum nahmen die katastrophale Versorgungslage der Bevölkerung und die Probleme der vielen Flüchtlinge ein. So ging es darum, eine gerechte Verteilung der Bezugscheine sicherzustellen, die Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz und Kohlen zu gewährleisten.

Verkehrsberuhigung war schon 1949 ein Thema: „Genosse Gerhold stellt die Anfrage, ob es statthaft ist, daß der Neue Weg von den Autos mit zirka 50 km Tempo durchfahren wird. Er bittet die Genossen in der Gemeindevertretung, daß an den Straßen Schilder angebracht werden, die auf das vorgeschriebene Tempo hinweisen, ehe es zu Unfällen kommt“, ist dem Protokoll der Ortsvereinsitzung vom 01.05.1949 zu entnehmen.

Am 4. November 1995 wird die Weimarer SPD den 50. Jahrestag der Wiedergründung ihres Ortsvereins feiern. Als Hauptredner für die Veranstaltung im Bürgersaal Weimar konnte der Genosse Herbert Günther gewonnen werden.

- Das Sprachrohr -

Herausgeber:

SPD Ahnatal

Redaktion:

Gerhard Schreiber

Weidenweg 18

34292 Ahnatal

Druck:

MDM, Kassel